

Auf der Suche nach Wegen für die Verkehrswende

Kostenlos, ökologisch und ausbaubar: Abgeordnete der Bremischen Bürgerschaft diskutieren über den öffentlichen Nahverkehr

VON PASCAL FALTERMANN

Bremen. Ökologisch soll er sein. Attraktiv und sauber natürlich. Eine soziale Komponente darf nicht fehlen. Und er muss ausgebaut werden. Wenn es um den öffentlichen Nahverkehr geht, sind die Wünsche zahlreich und vielfältig. Das zeigte auch die Debatte über einen Antrag der Linken-Fraktion, den die Bremische Bürgerschaft am Donnerstagmittag im Landtag allerdings ablehnte.

„Jetzt in den kostenlosen öffentlichen Nahverkehr einsteigen“, ist der Antrag des Linken-Abgeordneten Nelson Janßen überschrieben. Er fordert eine Verkehrswende, die soziale und ökologische Faktoren beinhaltet. „Deswegen hat mich die Initiative der Bundesregierung überrascht, die ein Modellprojekt für einen kostenlosen Nahverkehr in fünf deutschen Städten erwägt, in denen die Luftverschmutzung hoch ist“, sagte Janßen. Seine Forderung sieht auf das Projekt aufbauend vor, dass sich alle Kommunen beziehungsweise Verkehrsverbünde um eine Förderung bewerben können. Kommunen, in denen die Grenzwerte für die Luftreinhaltung überschritten wurden, sollten vorrangig gefördert werden. „Uns ist klar, dass dadurch die Auslastung des Nahverkehrs steigt“, sagte Janßen. Dafür müssten das vorhandene Netz ausgebaut, neue Fahrzeuge angeschafft und die Kapazitäten erhöht werden. Es müsse eine Debatte darüber geben, wie das finanziert werden kann, so der Linken-Abgeordnete.

Er führte weiter aus, dass der motorisierte Individualverkehr („das Auto“) vom Staat bislang hoch subventioniert werde. Allein für den Steuernachlass für Dieselloststoff gebe der Bund 9,5 Milliarden Euro pro Jahr aus. Die Streichung der Dieselsubvention würde den kostenlosen ÖPNV bereits zu einem guten Teil gegenfinanzieren.

Gute Ideen sah der verkehrspolitische Sprecher der Grünen, Ralph Saxe, in dem Linken-Antrag. Das Ziel, weniger Autoverkehr zu erreichen, sei das gleiche. Doch das Modellprojekt sei dafür nicht der richtige Weg. „Der Umweltverbund ist chronisch unterfinanziert, da müssen wir schauen, wie wir mehr Geld ins System bekommen“, sagte Saxe. Es könne



Vergünstigt oder künftig gar kostenlos mit der Straßenbahn fahren? Darüber wurde in der Bürgerschaft diskutiert.

FOTO: CHRISTINA KUHAUPT

nicht sein, dass laut einer Studie der Uni Kassel in Bremen der Autoverkehr um ein Vielfaches höher subventioniert werde als der Radverkehr.

Der Antrag der Linken denke den Fuß- und Radverkehr nicht mit, den es allerdings vorwiegend zu fördern gelte. Wenn der öffentlichen Nahverkehr kostenlos werde, würden hauptsächlich die Fußgänger und Radfahrer auf Busse und Bahnen umsteigen und nicht die Autofahrer, so Saxe. Zudem sei eine soziale

Lenkungswirkung gleich null, wenn der ÖPNV für alle kostenlos sei. Saxe plädierte für Vergünstigungen für Auszubildende, Schüler, Hartz-IV- oder Sozialhilfeempfänger. Und für ein 365-Euro-Ticket für ÖPNV-Nutzer.

Ähnlich sah es auch Heike Sprehe (SPD), die durch einen kostenlosen Nahverkehr ein erhöhtes Fahrgastaufkommen prognostizierte, welches die derzeitigen Kapazitäten in Bremen sprengen würde. „Die Bürger haben kein Interesse in überfüllten Bussen und Bahnen

zu sitzen“, so Sprehe. Dafür müsste unter anderem das Straßenbahnnetz ausgebaut werden. Aber klar sei, dass es Vergünstigungen geben müsse. Entsprechende Konzepte, wie das finanziert werden kann, wolle die SPD demnächst präsentieren.

„Bevor wir den öffentlichen Nahverkehr kostenlos machen, müssen wir ihn erst ganz stark ausbauen“, sagte Heiko Strohmann (CDU). Doch das habe die Regierung 13 Jahre lang nicht gemacht. An den „eigenartigen

Subventionsberechnungen“ von Grünen und Linken wolle sich die CDU nicht beteiligen. Wichtig sei der Ausbau des ÖPNV, und dafür müsse man auch mal die Bürgerinitiativen „sanft überzeugen“. Einen ganz anderen Aspekt brachte Magnus Buhler (FDP) in die Diskussion: „Wir müssen den Verkehr insgesamt ganz neu denken und nicht wie in den 60-ern.“ Es müsse vielmehr über nachhaltige Antriebe und Verkehrsmittel und über autonomes Fahren gesprochen werden.

Kuhn will in den Vorstand

Grünen-Politiker bewirbt sich als Nachfolger von Ralph Saxe

VON NINA WILLBORN

Bremen. Hermann Kuhn kann sich vorstellen, Nachfolger von Ralph Saxe im Landesvorstand der Grünen zu werden. Das hat der 73-Jährige am Donnerstag mitgeteilt. „Ich habe mich entschlossen, für das Amt zu kandidieren. Die Lücke, die durch den bedauerlichen, aber zu respektierenden Rücktritt von Ralph Saxe entstanden ist, muss schnell geschlossen werden.“ Saxe hatte am Montag seinen Rücktritt aus privaten Gründen bekannt gegeben.

Kuhn will sich bei der Mitgliederversammlung der Grünen am 14. September zur Wahl stellen. Bislang ist er der einzige Kandidat. Der erfahrene Parlamentarier – Kuhn saß von 1991 bis 2003 sowie von 2007 bis 2015 in der Bürgerschaft, war auch ihr Vizepräsident – hatte sich schon bei der letzten Vorstandswahl im vergangenen Dezember beworben, war damals Saxe aber knapp unterlegen. „Ich möchte den Landes-



Hermann Kuhn
FOTO: SCHEITZ

vorstand in seiner Aufgabe unterstützen, die Bremer Grünen zu einem Erfolg bei der kommenden Bürgerschafts- und Europawahl zu führen und die Partei weiter zu festigen. Dafür werde ich die Mitglieder mit meiner Bewerbung um ihr Vertrauen bitten“, sagt Kuhn, der sein Angebot allerdings zeitlich befristet.

Er sehe sich als Übergangslösung bis zur nächsten turnusgemäßen Vorstandswahl. Die findet voraussichtlich Ende des kommenden Jahres statt. Kuhn begründet diese Entscheidung mit seinem Alter und seiner privaten Lebensplanung. „Es ist nur fair, das vorher zu sagen“, sagt der Politiker. Vorteil für Kuhn bei einer Amtsübernahme: Er weiß genau, worauf er sich einlässt, war bereits von 2011 bis 2013 Teil des Vorstandssprecher-Duos. Jetzt würde sofort eine Menge Arbeit auf ihn und Kollegin Alexandra Werwarth warten, der Wahlkampf muss organisiert werden. Kuhn: „Es ist ein dickes Brett, aber mir macht Wahlkampf Spaß.“

Schnelle Hilfe für Kinder

Bürgerschaft will Interventionsstelle einrichten

VON PASCAL FALTERMANN

Bremen. Kinder und Jugendliche, die von häuslicher Gewalt betroffen sind, sollen durch eine Interventionsstelle nun rasche Hilfe bekommen. Darauf haben sich einstimmig die Abgeordneten der Bremischen Bürgerschaft geeinigt. „Gewalt in der Familie erschüttert das kindliche Sicherheits- und Schutzbedürfnis. Mit dieser Stelle schließen wir eine Lücke im System“, sagt die Grüne-Bürgerschaftsabgeordnete Sahhanim Görgü-Philipp, auf deren Initiative der Antrag im Landtag zurück geht. Ziel sei es laut Görgü-Philipp möglichst schnell Hilfe bei der Aufarbeitung und Verarbeitung von Gewalterfahrungen zu geben. Zudem solle pragmatische Unterstützung bei Sorgerechts- und Umgangskonflikten und bei der Kontaktaufnahme gegeben werden, so die sozialpolitische Sprecherin Görgü-Philipp.

Durch den beschlossenen Antrag wird der Senat aufgefordert, ein Konzept und einen Zeit-Maßnahmenplan für die Einrichtung der Interventionsstelle zu erarbeiten. Dass häusliche Gewalt in Bremen bitterer Alltag ist, darüber waren sich parteiübergreifend alle Abgeordneten einig. Sandra Ahrens (CDU) wollte



Sahhanim Görgü-Philipp
FOTO: KUHAUPT

mit einem Änderungsantrag noch einen Schritt weiter gehen und wollte die Einrichtung der Interventionsstelle „zusätzlich“ zu bestehenden Beratungsstellen gedacht und finanziert haben. Damit konnten sich bis auf die SPD auch die Grünen und anderen Parteien anfreunden. Doch durch die Koalitionsdisziplin stimmten SPD und Grüne dagegen. „Wir müssen erst darüber diskutieren und dann schauen, wo und in welcher Form wir die Stelle einrichten“, erklärte SPD-Mann Klaus-Dieter Möhle, der darauf hinwies, dass der CDU-Antrag bis auf das „zusätzlich“ wortwörtlich der Gleiche sei wie der der rot-grünen Regierungskoalition.

Eine zentrale Anlaufstelle, die automatisch von der Polizei bei einem Einsatz zu häuslicher Gewalt verständigt werden müsste, könnte sich schneller als bisher um die Kinder und Jugendlichen kümmern, erklärt Sahhanim Görgü-Philipp weiter. Die qualitativ hochwertigen und wertvolle Arbeit der bereits existierenden Angebote wird daher nicht ersetzt, sondern im Sinne der Kinder und Jugendlichen ergänzt. Dieses zusätzliche Angebot soll überdies nicht auf Kosten der anderen Beratungsstellen gehen.

Jetzt richtig sparen!

SOMMER-ENDSPURT

bei Zurbrüggen

+

30%

auf

+ zusätzlich

20%

auf alle Fachsortimente

AUGUST

31.

FREITAG

LATE NIGHT SHOPPING

von 10.00 bis 21 Uhr geöffnet

✓ MÖBEL

✓ MATRATZEN

✓ KÜCHEN

✓ GARTENMÖBEL



zurbrüggen

www.zurbrueggen.de

Zurbrüggen Wohn-Zentrum GmbH
27755 Delmenhorst
Seestraße 7, Tel. 04221/920-920

Öffnungszeiten: Montag-Freitag 10.00-19.30 Uhr,
Samstag 10.00-19.00 Uhr

Restaurant-Angebote gültig bis zum 29.09.2018. Alle Abbildungen ähnlich. Kein Außer-Haus-Verkauf. Preise sind gültig pro Person und Portion.

* Basis für den Möbel-Sonderabbatt ist der ausgewiesene Vorzugspreis. Nicht kombinierbar mit anderen Rabattaktionen. Keine Verrechnung mit bereits getätigten Käufen. Ausgenommen in der Ausstellung als „Werbung“ gekennzeichnete Artikel und Artikel der Marke Musterring. Gilt nicht für Artikel aus dem 22-Mitnahmemarkt. ## Nicht kombinierbar mit anderen Rabatt- und Tauschaktionen. Keine Verrechnung mit bereits getätigten Käufen. Ausgenommen in der Ausstellung als „Werbung“ gekennzeichnete Artikel. Ausgenommen sind Artikel der Marken KitchenAid, Escala und Grossmann. Gilt nicht auf Bücher.